

freien Zone in Europa als eine Hauptfrage der Gipfelkonferenz betrachten, denn das entspricht dem Willen der Völker.

Wenn die westdeutschen CDU-Politiker sich bemühen, ihre mörderischen Anschläge gegen den Frieden und gegen die Bevölkerung der DDR zu verschleiern, indem sie scheinheilig von „menschlichen Kontakten“ reden, so antworten wir:

Wir sind für alle nur möglichen Kontakte, die der Erhaltung des Friedens und nicht der Unterhöhnung der DDR, des Friedenszentrums in Deutschland, dienen. *Wir sind vor allem für Kontakte der Friedensbewegung in der Deutschen Demokratischen Republik mit den Ausschüssen gegen den Atomtod und mit der Friedensbewegung in Westdeutschland.* (Beifall.)

Wir stimmen mit den westdeutschen Friedensfreunden überein, die sagen, daß die Verhinderung der Atomrüstung in Westdeutschland der entscheidende Schritt ist zu normalen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Wir grüßen die Friedensfreunde in Westdeutschland, die trotz der Verfolgung durch den Adenauer-Staat und trotz klerikaler Hetze mutig gegen die Atomrüstung kämpfen.

Die einstweilige Verfügung des sogenannten Bundesverfassungsgerichtes, die eine Volksbefragung gegen den Atomtod verbietet, wird mit Recht von der westdeutschen Bevölkerung als undemokratisch eingeschätzt und als Anordnung betrachtet, die gegen das Lebensinteresse der Nation gerichtet ist und keine Rechtskraft besitzt. In der westdeutschen Bevölkerung hört man immer öfter: „Wir dürfen nicht warten, bis es zu spät ist.“ Oder man sagt: „Wenn die Landesregierung die Volksbefragung nicht vorbereitet, dann müssen wir sie selbst durchführen.“ *Die Bevölkerung Westdeutschlands will nicht, daß ihre Heimat zur Raketenbasis und zum Aufmarschgebiet der USA wird.* Die Bevölkerung will nicht, daß in Westdeutschland amerikanische Politik gemacht wird und der NATO-Generalstab über dem Parlament steht.

Die friedliebenden Menschen in ganz Deutschland sind mit Recht alarmiert und fordern Schritte zur Sicherung des Friedens und zur Entspannung der Lage. Wir unterbreiten der deutschen Öffentlichkeit folgende Vorschläge:

1. Die Volksbewegung gegen den Atomtod und für eine atomwaffenfreie Zone wird noch breiter entfaltet.